

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags am einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10,- M. im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. für Volksbezugs nehmen (ämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Erstreifen bezogen für Deutschland und Österreich 18,20 M., für das übrige Ausland 21,50 M. zuzüglich Gebührens-Aufschlag, der Brief für Deutschland und Österreich 20,- M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin E 2, Breite Straße 5-6.

Die abgesetzten Reparationsbeiträge über Herrn Krumm hat A.-M. unentgeltlich freigegeben. Kleine Anzeigen. Das festgedruckte Wort L.-M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Teuerungszuschlag. Leichter Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Angebote 2,20 M. netto pro Zeile. Gebührens-Befreiung für Monats-Anzeigen das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort L.-M. Bezugsstellen: Zentrum 2020, 2045, 4510, 4602, 4635, 4648, 4653

# Die Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

#### Gegen die Justizschande

Der Vorsitzende des preussischen Richtervereins veröffentlicht in der bürgerlichen Presse eine Erklärung gegen einige Ausführungen des rechtssozialistischen Wahlaufsatzes. Dort war gesagt worden, daß die gegenwärtige preussische Justiz ein Hohn auf das Rechtsempfinden des Volkes sei. Reaktionäre Rörder würden freigesprochen, reaktionäre Ehrabschneider mit lächerlichen Geldstrafen belegt, jedes Verbrechen gegen die Arbeiter gutgeheißen. Die Justiz sei durch die reaktionäre Gesinnung zahlreicher Richter und ihre Unabsehbarkeit zum ärgsten Schandfleck Preußens geworden. Die Erklärung sagt nun, daß das Vorwürfe von ganz unerhörter Art seien. Das Richtertum habe das Bewußtsein, gerade in dieser schweren Zeit seines Amtes mit unparteiischer Gerechtigkeit gewaltet zu haben, der deutsche Richterstand kenne nur gleiches Recht für alle. Aber selbst das „Berliner Tageblatt“ muß zu der Erklärung der Richter sagen, daß die Urteile und Verhandlungen in politischen Strafprozessen in den breiten Schichten des Volkes Erregung und Erbitterung hervorgerufen hätten. Es könne keinem Zweifel unterliegen, daß das Vertrauen des Volkes zur Rechtsprechung in politischen Prozessen erschüttert sei.

Wir wollen ohne weiteres zugeben, daß es unter den Berufsrichtern persönlich achtbare Leute gibt, die ihre Gesetzesurteile genau studiert haben und mit Absicht wohl kaum einen Paragraphen anders auslegen, als es ihnen für richtig erscheint. Aber bei aller persönlichen Hochachtung, die man ihnen entgegenbringen mag, bleiben sie doch auch in ihrem Berufe Menschen, und als solche Angehörige ihrer Klasse: sie entstammen aus der Bourgeoisie und sind so eng mit den Ansprüchen und Gewohnheiten, mit dem Denken und Handeln der Bourgeoisie verbunden, daß das auch in ihrer richterlichen Tätigkeit zum Ausdruck kommen muß. Es ist ganz selbstverständlich, daß sie einem Angeklagten, der den „gebildeten“ Schichten angehört, mit anderen Augen ansehen, als einem Arbeiter, der schon durch seine schlechte Kleidung, durch sein von ständigem Elend zeugendes Gesicht dem bürgerlichen Ankläger beweist, daß er zu allen Schandtaten fähig ist. Hat der heutige Richter gar in einem politischen Prozeß zu befinden, so ist der Angeklagte, wenn er einer Partei angehört, die den bürgerlichen Staat angreift, von vornherein der Verdammnis ausgeliefert. Und es gibt genug Richter, die bei solchen Gelegenheiten ihren politischen Leidenschaften ungehemmten Lauf lassen.

Bei Beurteilung der Rechtspflege haben wir es aber weder mit der Person, sondern in erster Linie mit dem System zu tun. Solange wir im Klassenstaat leben, wird es eine Klassenjustiz geben; solange die bestehenden Schichten die Organe des Staates in der Hand haben, solange müssen diese die Werkzeuge ihres Willens sein. Eines dieser Organe ist die Justiz. Die äußere Form des Klassenstaates macht dabei nicht viel aus. Unter Umständen kann die Justiz in einem despotisch regierten Lande gerechter ausgeübt werden, als in einer „freien“ Republik. Auch im Wilhelmianischen Zeitalter sind Schreckensurteile gegen Arbeiter gefällt worden, hat das Proletariat unter der Klassenjustiz und der Justizschande hart leiden müssen; aber selbst damals war die Rechtspflege, zumal in politischen Prozessen, nicht so verlobdet, hat sie sich nicht so offen als Klassenjustiz erwiesen, wie wir es jetzt alle Tage erleben. Wir brauchen nur an die Namen Liebknecht, Rosa Luxemburg, Jogisches, Dorenbach, an die 29 Matrosen in der Französischen Straße, an Poljewski und Genossen, an Landauer, Leviné, Schottländer, Paasche auf der einen Seite, an die Namen Vogel, Marloh, Kessel, Anlock, Lüttwich, an die Marburger Studenten auf der anderen Seite zu erinnern, um zu dem Ergebnis zu kommen: Die preussische deutsche Justizschande schreit zum Himmel.

Wie sehr das Volk empfindet, daß die Art der Rechtspflege im Klassenstaat eines seiner schlimmsten Uebel darstellt, das hat bisher jeder Ausbruch des Massenwillens gezeigt. Stets richtete sich der Strom der Demonstrationen zuerst nach den Toren der Gefängnisse; denn das Volk hat ein sehr feines Empfinden dafür, daß neben den wirklichen Verbrechern, die der Klassenstaat nur straft, nicht aber zu bessern sucht, zumeist solche Menschen hinter Kerkermauern sitzen, die die Not und in erregten Zeiten die politische Rücksicht der herrschenden Klassen der Freiheit beraubt haben.

Erst die Beseitigung der Klassengesellschaft, erst die Verwirklichung der Forderung des Sozialismus wird die wahre Volksjustiz bringen. Da es in einer sozialistisch-organisierten Gesellschaft keine Klassen mehr geben kann, weil wir dort Klassenparteien im heutigen Sinne nicht mehr finden werden, so wird es erst dann eine wirklich parteilose Gerechtigkeit geben können. Sollen wir bis zur Erreichung dieses Zieles die Hände in den Schoß legen und die Justiz des Klassenstaates frei waltend lassen? Nein, und wir wissen, daß auch der bürgerliche Staat in der Lage sein kann, wenn es seinen Bedürfnissen entspricht oder wenn er von den weiten Teilen der Bevölkerung dazu gezwungen wird, die Rechtspflege mit sozialem Geist zu erfüllen. Wir haben Beispiele aus England und aus Frankreich, aus Ländern also, in denen die Traditionen der bürgerlichen Revolu-

#### Drohende Ernährungs-Katastrophe

##### Protest gegen die Erhöhung der Getreidepreise

Die Unabhängige Fraktion der Berliner Stadtverordnetenversammlung hatte in der gestrigen Sitzung folgenden Dringlichkeitsantrag eingebracht:

Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magistrat, den folgenden Protest sofort der Reichsregierung zu übermitteln und den Deutschen sowie den Preussischen Städtetag zu dem gleichen Vorgehen zu veranlassen:

Die Stadtverordnetenversammlung der neuen Stadtgemeinde Berlin, die fast 4 Millionen Einwohner vertritt, erhebt den entschiedensten Protest gegen die vom Reichsernährungsministerium geplante mehr als 40prozentige Erhöhung der Mindestpreise für Getreide.

Schon gegenwärtig leiden Hunderttausende von großstädtischen Bewohnern unter der unerträglichen Höhe der Lebensmittelpreise, durch die ihre Lebenshaltung weit unter das erträgliche Maß herabgedrückt wird. Jede weitere Steigerung der Lebensmittelpreise, insbesondere jede Steigerung der Preise für das wichtigste Nahrungsmittel, das Brot, ruft die

##### Gefahr einer Katastrophe in der Ernährung der großstädtischen Bevölkerung

hervor, da Unterernährung, Einkommensverminderung und Arbeitslosigkeit schon gegenwärtig die großstädtische Bevölkerung schwer heimsuchen.

Die Stadtverordnetenversammlung hält es aber auch für ihre Pflicht, darauf hinzuweisen, daß die Durchführung der geplanten Erhöhung der Getreidepreise die Gemeinden schwer schädigen würde. Die Erhöhung der Getreide- und damit der Brotpreise muß notwendigerweise zu einer Erhöhung der Bezüge der im Dienste der Stadt stehenden Arbeiter, Angestellten und Beamten führen. Auch eine Erhöhung der Lasten aus der gesetzlichen Fürsorge der Gemeinden für Arbeitslose, Erwerbsunfähige und Arme wäre unausweichlich.

Die Stadtverordnetenversammlung der neuen Stadtgemeinde Berlin fordert deshalb, daß die beabsichtigte Erhöhung der Getreidepreise unterbleibt, und daß die Reichsregierung endlich mit dem Abbau der Lebensmittelpreise beginnt.

Die bürgerlichen Parteien erhoben gegen die Dringlichkeit des Antrages Einspruch, so daß er nicht zur Verhandlung kommen konnte. Dieses Verhalten, das die bürgerlichen Parteien als Anhänger der höheren Preise für die Agrarier zeigt, muß ihnen bei der Wahl am 20. Februar heimgesandt werden. Wir fordern aber unsere Genossen im Reich auf, diesem Vorgehen unserer Berliner Genossen zu folgen und in allen Gemeinden einen Protest gegen die Erhöhung der Getreidepreise herbeizuführen.

##### Die Konferenz der Verschiebungen

Bonn, 27. Januar.

Die italienische Presse weist auf die besondere Bedeutung der Vorschläge hin, welche Graf Sforza der Pariser Konferenz zugunsten Österreichs gemacht hat und bedauert nur, daß die Konferenz keinen Beschluß gefaßt hat.

lutionen heute noch nachwirken und in denen die bürgerliche Demokratie noch einige Spur hinterlassen hat, daß es dort „gerechte“ und „gute“ Richter gibt, weil ihnen die Gesetzbücher einigen Spielraum für die Berücksichtigung sozialer Verhältnisse bei ihren Urteilsprüfungen läßt. Wir müssen alles daran setzen, daß auch bei uns die Gesetze zur Rechtspflege und zum Strafvollzug einen neuen sozialen Inhalt erhalten.

Es wird von dem Ausfall der preussischen Landtagswahlen abhängen, ob mit dem Beginn einer wirklichen Rechtsprechung gerechnet werden kann. Die Pflege des Rechts ist auch in der neuen Republik den einzelnen Ländern überlassen geblieben. Die Gesetze, nach denen geurteilt werden soll, werden vom Reich erlassen; ihre Ausübung liegt den einzelnen staatlichen Justizbehörden ob. In das Gebiet der Rechtspflege gehören aber nicht nur das eigentliche Gerichtsverfahren, sondern auch ihre Hilfs- und Ausführungsorgane und Institutionen, wie die Polizei, die Staatsanwaltschaft, das Gefängniswesen. Auf allen diesen Gebieten muß sich eine vollkommene Wandlung vollziehen. Vor allen Dingen verlangt die Unabhängige Sozialdemokratie, daß die Wahl aller Richter durch das Volk geschieht, und das die Unentgeltlichkeit der Rechtspflege eingeführt wird. Die Ausnahmegerichte, die seit dem Bestehen der Republik eine so unheimliche Rolle spielten, müssen restlos beseitigt werden. An die Stelle des heutigen bürokratischen Beamtenrechts, das die Justizbeamten der Willkür der oberen Vorgesetzten ausliefert, muß ein Räte-system treten, wie es auch die Arbeiter und Angestellten für sich fordern. Wir verlangen weiter die Berufung in Strafsachen, die Entschädigung unschuldig Angeklagter, Verhafteter und Verurteilter und schließlich die

Die „Tribuna“ schreibt: Der Oberste Rat hat sowohl die Frage der Entwaffnung wie diejenige der Hilfe an Österreich und die Orientfrage einfach hinausgeschoben. Wird die Sache auf diese Weise weitergehen, so kann die Pariser Tagung die Konferenz der Verschiebungen genannt werden.

##### Eventuelle Zwangsmaßnahmen

Paris, 27. Januar.

Nach einer Havasmeldung sieht der Bericht des Marschalls Foch in der Entwaffnungsfrage als Zwangsmaßnahmen nicht nur die Besetzung neuer deutschen Gebiete, sondern auch die Verlängerung der Besetzung des Rheinlandes vor, falls die gewährten Fristen für die Ausführung der militärischen Klauseln nicht eingehalten werden sollten.

Havas meldet nichtoffiziell, daß die für heute vormittag angesetzte Sitzung der Konferenz, in der die Entwaffnungsfrage beraten werden sollte, auf heute nachmittag 4 Uhr verlegt wurde. Den ganzen Vormittag wurden Einzelberatungen über die Reparationsfrage geführt. Um 11 Uhr begab sich Graf Sforza zu Lord George, der auch eine Unterredung mit dem englischen Botschafter in Washington Sir Auckland Geddes hatte.

##### Die spanischen Sozialisten gegen Moskau

Madrid, 26. Januar.

Zwei von Moskau zurückgekehrte spanische sozialistische Delegierte berichteten in einer Versammlung des Parteikomitees über ihre Reise. In der darauf erfolgten Abstimmung erklärte sich die Versammlung mit großer Mehrheit gegen den Anschluß an die Dritte Internationale. Die endgültige Entscheidung wird auf dem außerordentlichen Parteitag im April gefaßt werden.

##### Mißglückter Generalstreik in Bologna

Rom, 27. Januar.

Aus Bologna wird gemeldet: Der Generalstreik, welcher infolge der letzten Unruhen zwischen Sozialisten und Faszierten erklärt wurde, ist sowohl in Bologna wie auch in Modena vollkommen gescheitert. Die Arbeit wurde überall wieder aufgenommen. Die von den Behörden getroffenen Maßnahmen lassen hoffen, daß keine Zwischenfälle mehr eintreten werden.

##### Die Folgen der Spaltung

Eine sozialistische Wahl Niederlage

U. Rätthausen, 27. Januar.

Die Kreistagswahlen ergaben nach der Spaltung der sozialistischen Partei im Oberesah eine bedeutende Niederlage der Sozialisten. Der liberal-nationale Blockkandidat erhielt 3220, der sozialistische Kandidat 1780 und der extremistische Kandidat 1115 Stimmen.

Ab Abschaffung der Todesstrafe, eines der glücklichsten Ueberreste aus dem Mittelalter.

Sie kommen wir nun zu dem Punkt zurück, von dem unsere Ausführungen ausgingen. Die preussischen Richter beklagen sich darüber, daß die Rechtssozialisten in ihrem Wahlaufsatz sich so harter Worte gegen ihren Stand bedient hätten. Wir brauchen uns aber nur die bisherige Tätigkeit der Rechtssozialisten anzusehen, um zu erkennen, daß sie mit ihren Worten gar nicht ernst gemacht haben. Sie haben im Reich anderthalb Jahre lang mit den Vertretern kapitalistischer Parteien eine Regierung gebildet und gerade in dieser Zeit hat die Klassenjustiz, hat die Ausnahmegesetzgebung gegen die Arbeiterklassen am heftigsten gewütet. Sie greifen jetzt den preussischen Justizminister an, dabei sitzen sie mit diesem Manne noch immer in derselben Regierung zusammen. Und schließlich, auch wenn man vergessen wollte, das ihre Hauptfrage in der Revisionszeit darin bestanden hat, die Unantastbarkeit des bürgerlichen Rechts zu garantieren, so genügt schon die Tatsache, daß ihr Parteigenosse Ebert Todesurteile bestätigt hat, um die Heuchelei ihrer Klagen über die Klassenjustiz zu entlarven.

Auch die Frage nach einer Umgestaltung der Rechtspflege ist eine Machfrage. Ueberläßt die Arbeiterklasse bei den Preussischen Wahlen der Bourgeoisie das Feld, so wird diese dafür sorgen, daß die Klassenjustiz sich auch künftig ungehindert ausbreiten darf. Die Unabhängige Sozialdemokratie, die diesen Wahlsatz dazu benutzen will, um die politische Macht der Arbeiterklasse zu stärken, wird bei ihrer Tätigkeit im kommenden Landtag keine Halbheiten dulden, sondern mit aller Energie dafür eintreten, daß die Schande der heutigen Rechtspflege beseitigt wird!

## Preisabbau?

Die Weltwirtschaft steht im Zeichen eines gewaltigen Preisabbaues, der die auf das Doppelte und Dreifache des Vorkriegsstandes gestiegenen Preise fast wieder auf das normale Niveau gesenkt hat. Deutschland, das heute für die meisten Waren wenigstens der Möglichkeit nach wieder im vollen weltwirtschaftlichen Verkehr steht, müßte dieser Abwärtsbewegung der Preise um so eher folgen, weil sich zur gleichen Zeit keine Valuta um mehr als ein Siebentel gebessert hat und noch immer steigende Tendenz hat.

Tatsächlich ist auch die Frage des Preisabbaues nicht nur aus sozialen, sondern auch aus allgemein volkswirtschaftlichen Gründen — im Interesse einer Gesundung unseres Wirtschaftslebens — so drängend geworden und die Erkenntnis, daß es nur die privatkapitalistische Profitwelt sei, die diesen einzigen Weg zur Gesundung noch versperrt, so allgemein, daß selbst die Berliner Handelskammer, der man gewiß nicht soziale Mäuren oder gar antikapitalistische Gesinnung vorwerfen wird, sich veranlaßt sieht, in den Ruf nach Preisabbau miteinzustimmen und als eingeweihte Körperschaft auf die Gründe hinzuweisen, die ihn bisher verhindert haben. Es heißt darüber in ihrem Jahresbericht: Der nicht minder dringende Preisabbau für industrielle Erzeugnisse hätte beim Kohlestoff zu beginnen; von hier fortschreitend, müßten in allen Stadien des Erzeugungsprozesses und des Verkehrs erhebliche Abschnitte von den heute geltenden Preisen eintreten. Das Bedürfnis hierauf wird so allgemein empfunden, daß allenthalben der Ruf nach einer Vereinigung der Kalkulation erhoben worden ist. Denn so viele natürliche Ursachen die heutige Preisgestaltung auch haben mag, die allgemeine Anschauung geht dahin, daß den natürlichen Einwirkungen in nicht unbeträchtlichem Maße künstlich nachgeholfen wurde. Es kann auch untererzogen nicht verschwiegen werden, daß zahlreiche Unternehmen sowohl im Kriege, als auch namentlich in der Nachkriegszeit, eine kurzfristige Profitpolitik betrieben haben, die, vom Kohlestoff bis zum Fertigfabrikat sich fortsetzend, unsmutige Endpreise zum Ergebnis hatte.

Was erleben wir aber statt dessen? Der Aufstakt zum Preisabbau wird damit gemacht, daß die Preise der wichtigsten Rohstoffe und Nahrungsmittel, die für das Preisniveau aller Waren maßgebend sind, knapp vor einer neuerlichen bedeutenden Erhöhung stehen. Die Kohle, derjenige Rohstoff, der in alle Waren eingeht, soll uns im Gegensatz zu ihrem ununterbrochenen Preisfall auf dem Weltmarkt weiter verteuert werden. Der Anfang dazu wurde im oberschlesischen Kohlenrevier, das unter der Ententekontrolle steht, und in einigen kleineren Kohlenrevieren gemacht; augenblicklich wird über eine Preiserhöhung im mitteldeutschen Braunkohlenrevier verhandelt, fürtrag ist nur noch das Ausmaß der Erhöhung. Es ist vorauszusehen, daß unter diesen Umständen auch der Reichskommissar für das Ruhrrevier die Festigkeit, mit der er bisher dem Ansturm der Kohlenindustriellen widerstanden hat, aufgeben und in eine Preisverhöhung einwilligen wird.

Das Kali, einer der wichtigsten landwirtschaftlichen Rohstoffe, soll nach dem Antrage des Reichsindustrialrates um 50 bis 55 Prozent verteuert werden. Ermägt man, wie die wirtschaftlichen Machtverhältnisse heute in Deutschland liegen und welcher Kurs gesteuert wird, so muß man es als wahrheitlich bezeichnen, daß dieser Antrag angenommen und damit das deutsche Proletariat weiter auf den Hungeretat gesetzt wird.

Und schließlich, und vielleicht schon im Zusammenhang damit, sollen die Getreidepreise der kommenden Ernte erheblich hinaufgesetzt werden. Damit würde jede Aussicht auf eine rückläufige Bewegung der verhängnisvollen Bahn, die unsere Finanz-, Preis- und Volkswirtschaft im allgemeinen eingeschlagen hat, vollends vernichtet werden. Es muß im Gegenteil der Preis- und Lohnkampf, wie wir ihn nun schon seit dem Beginn der Geldentwertung gewohnt sind, in seiner alten Stärke von neuem aufleben, unsere Wirtschaftslage und im besonderen die Lebenshaltung der Arbeiterschaft um einen weiteren Schritt der völligen Verelendung zugeführt werden.

## Rechtssozialisten beim Stinnes

Nicht nur Herr August Müller ist Mitarbeiter beim Stinnes-Organ der „Allg. Zeitung“. Gestern brachte dieses Blatt einen Leitartikel von Paul Lensch, von Haenisch's Gnaden Professor. Wir möchten den „Vorwärts“ bitten, doch endlich uns darüber aufzuklären, ob Stinnes-Dienst mit der Zugehörigkeit zur rechtssozialistischen Partei vereinbar ist? Es ist selbstverständlich, daß Herr Lensch gegen die Sozialisierung streift; Herr Stinnes will doch nicht umsonst sein Geld los werden!

## Die beleidigte Obrigkeit

Wie die Monarchisten „Kaisers Geburtstag“ feierten

Nach einer Meldung der „Bosnischen Zeitung“ ist es Donnerstag vormittag in einer Volksversammlung der Schlesiens Landwirtschafskammer im Breslauer Landeshause zu einer wilden Szene gekommen. Der Vorsitzende der Kammer, Geheimrat Rilling, wandte sich in einer Rede gegen die neue Steuergesetzgebung und benutzte dann das Datum des Versammlungstages, um dem Exkaiser eine Huldbildung darzubringen. Das gesamte Haus erhob sich hierauf, auch ein Teil der anwesenden Regierungsräte, dagegen blieben der Breslauer Wagner, der Regierungspräsident Jähnke und der Kommissarische Oberpräsident Bitter sitzen. Nun ertönen flämische „Kaus“rufe. Jähnke und Wagner wurden aus dem Saale geworfen. Rilling schloß seine Rede mit dem Rufe: „Mit Gott für König und Vaterland!“ Die Regierungsvertreter stehen Herrn Rilling darnach herausbitten und dieser erklärte sich dazu bereit, über den ihm vorgeworfenen Bruch des Gastrechts eine entschuldigende Erklärung abzugeben. Jetzt erst verließen die Regierungsvertreter mit dem inzwischen hinzugekommenen Niederschlesischen Oberpräsidenten Zimmer, der ursprünglich eine Rede halten sollte, gemeinsam das Landeshaus.

Die „Bosnische Zeitung“ entwirft sich darüber, daß bei einer offiziellen Gelegenheit, zu der die Spitzen der Behörden eingeladen waren, der Vorsitzende der Landeskammer keine Bedenken trug, durch eine Kaiserhuldigung „einen überaus peinlichen Zwischenfall“ hervorzurufen. Als Privatperson könne man der Monarchie huldigen, aber es sei eine Herausforderung und eine „Verachtung der Gesetze und der Obrigkeit“, wenn die amtlichen Vertreter der deutschen Republik sich Beleidigungen ausgesetzt sehen bei Veranstaltungen, denen sie als Gäste und in Erfüllung ihrer Dienstpflicht beiwohnen. Ein solches Verhalten angeblich „staatsverräterlich“ Arzenei sei noch schärfer zu beurteilen, als eine Ausschreitung linksradikaler Elemente.

Die schlesischen Arbeiter und ihre Gesinnungsgenossen im Lande werden sich auf diese Belehrung eins pfeifen. Sie fühlten sich schon so sicher, daß sie aus ihrer monarchischen Gesinnung kein Hehl mehr machen und in aller Öffentlichkeit die Vorbereitungen für die Wiederherstellung der alten Verhältnisse treffen. Das Interessanteste an der Meldung ist jedoch, daß ein Teil der

Regierungsvertreter die Huldigung für Wilhelm mitgemacht haben und anschließend auch im Saal geblieben sind, nachdem man ihre Kollegen hinausgeworfen hatte. Uebrigens brauchte man nicht erst nach Schlesien zu gehen, um solche Kaiser-Geburtsstagsfeiern zu erleben. Uns wird mitgeteilt, daß in einer Reihe höherer Schulen Berlins der gestrige Tag durch besondere Feiern und sogar durch Schließung des Betriebes festlich begangen worden ist. Die Liberalen sollten sich über eine derartige Verhöhnung der Republik nicht beschweren; sie selbst haben das Ihrige dazu beigetragen, daß die Monarchisten die Republik und ihre Vertreter mit Hohn und Spott behandeln!

## Die Entschädigung der Auslandsdeutschen

In der gestrigen Sitzung des 21. Unterausschusses im Reichstage wurde die Generalbesprechung über die Entschädigungsgesetze zum Abschluß gebracht. In der Debatte verlangte Abg. Schwarz (U. Soz.), daß die finanziell Schwächeren voll entschädigt würden, während solche, die noch ein größeres Vermögen besitzen, oder durch glückliche Umstände wieder zu größerem Besitz gelangt seien, nicht in der gleichen Höhe entschädigt zu werden brauchen. Die Mittel für die Entschädigung müßten unter Umständen von Leuten aufgebracht werden, die weniger befähigt als manche, die Entschädigung verlangten.

Ministerialrat Siller betonte, daß es sich hierbei nicht um die Durchführung schon vorhandener Rechtsansprüche handele, sondern um die autonome Schaffung neuen, positiven Rechts. Die Rechtsgeschichte zeige, daß die Staaten bei derartigen Entschädigungen nicht in Anerkennung einer Rechtspflicht, sondern aus wirtschaftspolitischen Rücksichten gehandelt hätten. Bei der Neuschaffung der Rechtsätze müßten in Deutschland nach dem verlorenen Kriege finanzpolitische Erwägungen an erster Stelle stehen, so bedauerlich es auch sei, wenn dadurch die Wünsche der Interessenten nicht voll befriedigt würden. Ebenso verneint Staatssekretär Müller die Ansicht, daß eine Rechtspflicht zur Schadenersatzleistung in vollem Umfange für das Reich bestehe. Nur durch eine baldige praktische Lösung könne man den berechtigten Interessen der Geschädigten entsprechen.

Zu der heute beginnenden Spezialberatung werden Vertreter der Interessentengruppen der Geschädigten eingeladen.

## Keine Technische Nothilfe im besetzten Gebiet

Wie das in Mainz erscheinende französische Blatt „Echo du Rhin“ meldet, hat die internationalste Rheinlandkommission beschlossen, die Errichtung der Technischen Nothilfe im besetzten Gebiet abzulehnen. Dieser Beschluß wird damit begründet, daß die Bestätigung der Nothilfe im besetzten Gebiet nach den Anweisungen eines Zentralbureaus erfolgt, auf das die Besatzungsbehörden keinen Einfluß haben.

## Die Geschäfte des deutschnationalen Abgeordneten mit der Entente

Erhebliche Differenzen zwischen deutschnationaler Theorie und deutschnationaler Praxis wurden in einer der letzten Sitzungen des Hauptausschusses im Reichstag bei Erwägung geschäftlicher Manipulationen des deutschnationalen badischen Landtagsabgeordneten Mager aufgezeigt. Nach dem Friedensvertrag gingen die deutschen Flugzeughallen in die Verfügung der Entente über. Die Wiederherstellungskommission der Entente verkaufte diese Hallen als Auktionslot um ein Spottgeld, meist an holländische Schiebergruppen. Bei diesem Geschäft war Geld zu verdienen. Hat doch der Erlös aus dem Verkauf der Hallen, deren Abbruchswert von deutscher Seite auf 132 Millionen geschätzt war, nur etwa 40 Millionen betragen. Diese bequeme Gelegenheit, aus dem so sehr beweineten militärischen Zusammenbruch Deutschlands und aus der so färmend bekämpften Durchführung des Friedensvertrages etwas für die eigene Tasche zu retten, wollte sich dieser schwarz-weiß-rot orientierte wadere Herr Mager durchaus nicht entgehen lassen. Ihm standen als Hinterbühne die Hallen in Dillingen und Mannheim im Sinn. Im Reichshausamt hörte Herr Mager, daß die Wiederherstellungskommission die Verkaufsstelle für die eigentlichen Hallen sei, das Reichshausamt aber das Verfügungsrecht über die Hallen für anschließenden Wirtschafts- und Lagerzwecke habe. Nach einiger Zeit kam der biedere Deutschnationale wieder und überraschte das Reichshausamt mit der Mitteilung, daß er die Hallen ja mit den Anbauten von der Wiederherstellungskommission gekauft habe.

Dieser Patriot hatte also gemerkt, daß die deutsche Regierung einen Rechtsanspruch der Entente auf die Anbauten entschieden bestritt. Ihm war bekannt, daß das Verfügungsrecht der Entente über diese Bauten ein angemessenes ist und nach der Versicherung der Regierung auf einen Mißbrauch des Friedensvertrages beruht. Und dieser Herr Mager gehört — was immer wieder zu beachten ist! — jener Partei an, die schon gegen die Erfüllung der tatsächlichen Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag in unverantwortlicher Weise geht. Wenn die Ansprüche der Entente gar über das hinausgehen, was der Vertrag Deutschland zwingt, dann schlagen die Flammen des deutschnationalen Patriotenorgans hoch! Aber wie wunderbar! Dieser heilige Jora schweigt sofort, wenn bei Gewaltmaßnahmen der Entente persönliche Vorteile für diese Sorte Patrioten herauskommen. Dann schweigt die Sorge und das bedrohte Recht des Vaterlands. Dann machen die teufelhaften Männer mit dem „Inedigen Feind“ freundschaftlich lächelnd gemeinsame Sache. Da haben sie nichts gegen den Mißbrauch des Friedensvertrages.

Auf den erneuten Einwand des Reichshausamtes, die Entente könne die Anbauten der Flughallen ja gar nicht verkaufen, weil sie Deutschland gehören, hatte Patriot Mager nicht viel mehr als ein Wästelchen. Er bestand zunächst auf seinem ihm von der Entente verabsolgteten Schein. Es kostete viele Mühe und bedurfte aller Schikane, die das Reich als Besitzer der Bahngleise und Zufahrtstropfen bei den Hallen anzuwenden vermochte, um dem Deutschnationalen die Freude an seinem Geschäft mit der Entente zu nehmen. Die Hallen sind schließlich nicht in seinem Besitz geblieben.

Und morgen wird dieser brave Patriot wieder aufstehen zum Kampf gegen den „grausamen, räuberischen Feind“, denselben Feind, mit dem er eben Geschäft gegen Deutschland machen wollte!

## Die Bestattung der Delsniger Opfer

Aus Delsnig berichtet der Vertreter der „Telegraphen-Union“: Gestern nachmittag fand die Bestattung der 37 Delsniger Opfer der Grubenkatastrophe statt. In Delsnig waren sämtliche Behörden, Schulen und Geschäfte geschlossen. Glockengeläute leitete die Feierlichkeit ein. Die 37 Särge wurden auf 9 Wagen zur Grabstätte gefahren. Ein endloser Trauerzug bewegte sich nach dem Friedhof. Am Grabe wurden: kostbare Blumen der Staatsregierung, des Landtages, der Bergwerksinspektion, der Ortsbehörde usw. niedergelegt. Auch der schlesische Ministerpräsident Buch war erschienen und brachte das Beileid der schlesischen Regierung zum Ausdruck. Nachdem noch Kammerpräsident Frähdorf, sowie Vertreter der Stadt Leipzig, der

Ortsverwaltung und vieler Behörden den so pfeiflich Daßmgerastenen einen letzten Nachruf gewidmet hatten, schloß nach 1½stündiger Dauer die eindrucksvolle Trauerkundgebung.

## Die auswärtige Politik der Tschechoslowakei

Im tschechischen Abgeordnetenhaus machte in der gestrigen Sitzung der Minister des Äußeren Dr. Beneš bedeutende Ausführungen über die auswärtigen Beziehungen der Tschechoslowakei. Er berührte dabei die Frage des Anschlusses Oesterreichs an Deutschland und sprach sich entschieden ablehnend darüber aus. Das Verhältnis zu Deutschland regelte sich auf Grund der Friedensverträge. Auf dieser Basis hätten sich in den letzten zwei Jahren bestimmte Traditionen eines nachbarlichen Zusammenlebens herausgestellt. Entschieden würde sich die Tschechoslowakei gegen monarchistische Umtriebe in Deutschland zur Wehr setzen.

Von besonderem Interesse waren die Ausführungen des Ministers über Ungarn. Er stellte fest, daß die Wiedereinsetzung des ehemaligen Kaisers Karl für die Nachbarstaaten Ungarns ein tatsächlicher und berechtigter Kriegszustand wäre. Ohne sich in die ungarische Politik einzumischen, müsse man sagen, daß die Tschechoslowakei je nach der Art der Lösung der inneren Krise Ungarns auf sie reagieren würde. Jedenfalls gebe die Tschechoslowakei der republikanischen Lösung den Vorzug vor jeder anderen. Erst dann sei Annäherung, Freundschaft und Zusammenarbeit möglich.

Zu Polen will der Minister ebenfalls eine Politik der Annäherung treiben, während er die Politik Rußland gegenüber als die der Nicht-Einmischung bezeichne. Die Lösung des Problems müsse den Russen allein überlassen werden.

## Hungerstreik in einem russischen Gefangenenlager

Unterm 28. Januar wird der „Roten Fahne“ aus dem Lager Gardelegen geschrieben:

Am 21. d. M. ist durch allgemeinen einstimmigen Beschluß aller Kameraden in unserem Lager der Hungerstreik erklärt worden. Zu diesem letzten Schritt der Verzweiflung sind wir gezwungen worden, nachdem unser langes, wiederholtes Protestieren und Bitten um Schutz gegen unseren Lagerarzt von allen Behörden vollkommen unberücksichtigt gelassen worden ist.

Da unser Lagerarzt an Stelle der Krankenbehandlung sich damit beschäftigt, die Kranken auf jede raffinierte Art und Weise zu schikanieren und zu quälen, haben die Lazarettinsassen sich wiederholt an das Lagerkomitee mit der Bitte gewandt, sich dafür einzusetzen zu wollen, daß entweder die Kranken in ein anderes Lazarett überführt werden oder der Arzt entfernt wird.

Da das Komitee durch Bitten nichts erreichen konnte, entschlossen sich die Kranken zuletzt, sich an die gesamte Bevölkerung des Lagers zu wenden und um Beistand zu bitten. Fünf Tage dauert nun schon der allgemeine Hungerstreik, tausende von Kameraden liegen im Sterben; doch die deutsche Administration weiß von nichts; es kümmert sie nicht.

Es muß von der Regierung verlangt werden, daß sie unverzüglich eingreift, um den unerhörten Qualereien der russischen Gefangenen ein Ende zu setzen. Die deutsche Arbeiterschaft wird es nicht ruhig mit ansehen, daß tausende der russischen Gefangenen durch die schändliche Behandlung der Lagerverwaltungen zum letzten verzweifeltsten Mittel der Selbsthilfe, zum Hungerstreik, getrieben werden.

## Theodor Schiemann

Der Historiker Professor Theodor Schiemann ist, 78 Jahre alt, gestorben. Sein engeres Arbeitsgebiet war russische Geschichte, politische Beachtung erwarb er sich aber erst als Verfasser der Wochenübersichten in der „Kreuz-Zeitung“, die für die alldentsch-sonntäglichen Kreise lange Zeit als Evangelium galten. Auch Wilhelm II. ließ sich von Prof. Schiemann stark beeinflussen. Ueberflüssig zu sagen, daß die Tendenz der Schiemannschen Aufsätze, die bei jeder Wissenschaftlichkeit und historischen Objektivität waren, eine klar nationalitätlich-imperialistische war. Hinzu kam der fast pathologisch anmutende Haß, mit dem Schiemann, der von Geburt Deutschbalt war, die russische Revolution von 1905, und vor allem die lettischen Revolutionäre verfolgte. Das hinderte ihn freilich nicht, nach Ausbruch des Weltkrieges in Wort und Schrift die Revolution in Rußland herbeizuwünschen, von der er sich einen großen Gewinn für die militärische Lage Deutschlands versprach. Diese Lausache allein kennzeichnet Prof. Schiemann als Konjunkturpolitiker schlimmster Art.

Die wissenschaftlichen Arbeiten Prof. Schiemanns haben nur verhältnismäßig geringen Wert. Zwar enthalten seine Schriften über Rußland unter Paul I. und Nikolaus I. wertvolles archivalisches Material, doch sie bleiben viel zu sehr an der Oberfläche haften und haben die Erkenntnis der inneren Triebkräfte der geschichtlichen Entwicklung Rußlands nur wenig gefördert.

## Berichtigung

Wir erhalten folgende Zuschrift mit der Bitte um Berichtigung:

Als früherer Redakteur und Geschäftsleiter des „Arbeitertribunal“ stelle ich die mir erst heute durch die „Freiheit“, Morgenausgabe Nr. 41, bekanntgewordenen Behauptungen der „Mitteldeutschen Zeitung“ richtig:

Es ist als ein Mittelsmann der Redaktion des „Arbeitertribunal“ an die Zentrale für Heimadbiens zwecks Finanzierung des „Arbeitertribunal“ gesandt worden.

Dagegen hat der „Arbeitertribunal“ von einem früheren Mitarbeiter ein Darlehen von 30000 M. erhalten, mit der Versicherung, daß dieses Geld Privatvermögen des Darlehensgebers war.

Erst vier Monate später erfuhr die Geschäftsleitung, von welcher Seite die Mittel des Darlehensgebers stammten und erst zu dieser Zeit erfuhr Däumig von der Vergabe von Mitteln durch die Zentrale für Heimadbiens.

Wenn auch der Darlehensvermittler zur damaligen Zeit die Zentrale für Heimadbiens nicht mit den Augen ansah, mit der sie die Redaktion des „Arbeitertribunal“ schon damals betrachtete, so wurden trotzdem alle Beziehungen mit dem Darlehensgeber wegen seines unkorrekten Verhaltens abgebrochen.

Das Entscheidende schließlich: Hatte die Darlehensgewährung irgend einen Einfluß auf die Haltung des „Arbeitertribunal“, wird durch folgende Feststellung klargelegt:

Däumig stellte den Inhalt des „Arbeitertribunal“ nach eigenem Ermessen ohne irgend welche Rücksichtnahme auf Geschäftsleitung und Leser zusammen und war mit den denkbaren unangenehmsten Folgen für die Geschäftsleitung und leider auch für die Leser.

Dagegen kann ich mit gutem Gewissen feststellen, daß Däumig für mich stets der reine Top eines Arbeiterführers in einer Hinsicht geliebt ist, ich meine seine Unbestechlichkeit und Unselbstnähe.

A. K. r. e. l.

Wahlreform in Schweden. Der schwedische Reichstag hat gestern die im Jahre 1919 beschlossene Verfassungsänderung, wodurch u. a. die Frauen das volle politische Wahlrecht erhalten, und das Wahlrecht nicht länger von der Steuerzahlung abhängig gemacht wird, endgültig bestätigt.

# Die kostspielige Reichswehr

## Deutscher Reichstag

Donnerstag, 27. Januar 1920.

Die Interpellation des Abg. Hergt (D.N.) über die Haftbewirtschaftung wird der Regierung in der Geschäftsordnungs-Mitteilung beantwortet. — Das Gesetz über die Abgabe von Versicherungen an Eldestatt zur Geltungmachung von Rechten und Interessen im Ausland wird ohne Aussprache in allen drei Lesungen angenommen. — Das Gesetz über die Kontrolle der Kriegserrechnungen, wonach der Rechnungshof von den ihm gemäß den gesetzlichen Bestimmungen obliegenden Verpflichtungen zur Rechnungsprüfung der Mittel befreit wird, die aus Anlaß des Krieges, der Demobilisierung und der Abwicklung im Reichshaushalt bewilligt sind, wird ebenfalls in allen drei Lesungen unverändert angenommen. — Der Gesetzentwurf zur Entlastung der Gerichte wird dem Rechtsausschuß debattellos überwiesen. Es folgt die Beratung der

### Interpellation

#### über die Vorlage eines Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes,

die von den Frauen sämtlicher Fraktionen, mit Ausnahme von Frau Jettin (Komm.) eingebracht wurde.

Abg. Frau Müller-Ostried (D.N.): Wir verlangen baldigst die Vorlage eines Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes. Die staatliche Jugendfürsorge reicht zwar für die seelischen Bedürfnisse der Erziehung nicht aus, ist aber umso notwendiger für die Erreichung sozialer Ziele.

Reichsminister des Innern Koch: Die Reichsregierung legt Wert darauf, durch ein Reichsgesetz der Vernachlässigung der Jugend entgegenzuarbeiten. Der Entwurf ist dem Reichsrat bereits im Februar 1920 zugegangen, aber von ihm erst im Juli 1920 in Angriff genommen worden, weil die Vorarbeiten durch den Rapp-Putsch abgebrochen werden mußten. Leider beengte die Durchführung des Gesetzes finanziellen Schwierigkeiten, da es unbestimmt ist, ob das Reich oder die Länder die Kosten zu tragen haben. Die Verhandlungen sind vom Reichsrat wieder aufgenommen worden, der Gesetzentwurf dürfte in drei bis vier Wochen dem Reichstage zugehen.

Abg. Frau Schröder (Soz.): Finanzminister und Reichsminister sollten sich darüber klar sein, daß während sie sich streiten, die Kinder zugrunde gehen. Das einzig Erreichte in den Ausführungen des Ministers Koch war die Erklärung, daß das Gesetz in der nächsten Zeit dem Reichstage zugehen werde.

Abg. Frau Dr. May (D.Vp.): Wir wollen ein Reichsjugendwohlfahrtsgesetz, das eine großzügige Organisation verleiht, mit einem Jugendamt an der Spitze. Auf die Festlegung gewisser Mindestforderungen können wir uns nicht festlegen. Die private Fürsorge, die außerordentliches geleistet hat, darf nicht unterbunden werden, aber der Staat als letzte Instanz muß die Leitung und Überwachung in die Hand nehmen.

Staatssekretär Schulz: Es ist eine erfreuliche Tatsache, daß in dieser Frage eine weitgehende Einigung der Ansichten dieses Hauses in Erscheinung tritt. Das läßt hoffen, daß das Gesetz vom Reichstage bald verabschiedet wird. Das Kabinett hat sich ausdrücklich mit der Angelegenheit beschäftigt. Der Reichsminister des Innern hat Verhandlungen in die Wege geleitet, die das Zustandekommen einer Verständigung der einzelnen Finanzressorts erwarten lassen.

### Abg. Löwenstein (L. Soz.):

Wir betrachten das Gesetz nur als Abschlagszahlung, denn man kann nicht ein einzelnes Gebiet aus dem ganzen Zusammenhang dieser Fragen herauslösen und reformieren. In Wägen ist dies Problem nur mit einer Reform der ganzen Kultur und Wirtschaft. Das Chaos unserer Wirtschaft hat unermesslich auch die Kulturkatastrophe zur Folge. Die konservativen Kreise wollen alles nach ihrer Kultur, ihrer Familie und Ethik orientieren. Wir hingegen fassen das ganze Problem im Zusammenhang auf mit der ungeklärten Wirtschaftslage der breiten Massen. Bei ihnen (nach rechts) steht am Anfang aller Erziehung: Autorität, blinder Gehorsam und Pflichtgefühl. Das alles wollen Sie erreichen durch strengste Zucht, unter gänzlicher Verkennung der völligen Zerlegung Ihrer Kultur und Ihrer Gesellschaftsordnung. Wie stellen an die Spitze der Erziehung

#### Solidarität und soziales Gemeinschaftsgefühl.

Dabei sind wir uns der Gefahren dieses Übergangszustandes für unsere Jugend wohl bewußt. Obwohl wir uns von der rechtspolitischen Regelung der Materie nichts wesentliches versprechen, sehen wir doch ein, daß ein Mindestmaß für die Jugend dringend notwendig ist. Das Reichsgesetz muß alle bisherigen Einschränkungen des bürgerlichen Gesetzbuches beseitigen, z. B. auf dem Gebiet der Adoption, des Vormundschaftswesens und der Erziehung. Die Fürsorgeerziehung darf nicht den einzelnen herausheben aus der sozialen Gemeinschaft und ihn auf militärische Weise drücken; sonst bleibt es immer bei den bisherigen Mißerfolgen. Vielmehr muß gerade der Bewußtlose zu sozialen Gemeinschaftsgefühl erzogen werden. Hoffentlich wird eine einheitliche Regelung für das ganze Reich geschaffen unter Aufhebung der rücksichtigen Bestimmungen der einzelnen Länder. (Beifall b. d. L. S.)

Abg. Frau Jettin (Komm.): In der kapitalistischen Gesellschaftsordnung bedeutet der Besitz alles, der lebendige Mensch nichts. Daraus erklärt sich der gänzliche Mangel an Initiative seitens der bürgerlichen Klassen. Sie haben eben noch nicht eingesehen, daß Mensch und Ökonomie die beste Politik ist. Das Kinderelend ist heute nicht nur unter den Proletariats, sondern auch bei Kleinbürgern und Mittelbürgern entsetzlich verbreitet. Der Staat, die Gesellschaft hat nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht zur Erziehung der Kinder. Das Kind ist nicht das Eigentum der Eltern, sondern die Gesellschaft hat für seine größte Entwicklungsmöglichkeit zu sorgen. Die private Initiative hat in bezug auf die Kinderfürsorge viel geleistet; Initiative aber auch für die privaten Bestrebungen, die aus dem Proletariat hervorgehen, also für die sozialistischen und kommunistischen Jugendorganisationen, die gleiche Bewegungsfreiheit, wie sie die übrigen charitativen Bestrebungen genießen.

Darauf folgt die dritte Beratung des Entwurfes eines Gesetzes über den Erlaß von Verordnungen für die Zwecke der Übergangswirtschaft. Danach kann mit Zustimmung des Reichsrats und eines Reichstagsausschusses die Regierung die Maßnahmen anordnen, die ausschließlich die Regelung des Überganges von der Kriegswirtschaft in die Privatwirtschaft betreffen. Für Beschlüsse auf Einführung oder Aufhebung von Bewirtschaftungen bedarf es in diesem Ausschuß der Zustimmung von mindestens zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder.

Abg. Warmuth (Dnat.) beantragt, dem Ausschuß nicht die Befugnis zu geben, auch über die Aufhebung von Bewirtschaftungen zu entscheiden.

### Abg. Dr. Hergt (U. S. V.):

Wir lehnen diese Vorlage getreu unserer bisherigen Stellung ab. Unsere ablehnende Haltung ist durch die Rede des Abg. Warmuth nur bestätigt worden. Es ist kein Zweifel, daß der Reichstag nur dann liegt, die Vorlage durchzubringen, damit sie die durchscherte Getreidewirtschaft vollends zerlegen kann. Ein solches Verhalten aber, das die wichtigsten Dinge zu entscheiden sucht unter der aktiven Teilnahme der unmittelbar und persönlich daran interessierten Personen und unter teilweisem Ausschluß der Öffentlichkeit, halten wir für unmöglich. (Bravo! b. d. L. S.)

Abg. Herzfeld (Komm.) schließt sich dem an. Abg. Schiffer (Dem.) gibt die Erklärung ab, daß die drei Regierungsparteien ihren Antrag, der sich sachlich mit dem der Deutschnationalen deckt, zurückziehen, weil mit seiner Annahme das Zustandekommen der ganzen Entwurfs gefährdet sein würde. Unter Ablehnung des ganzen Entwurfes gefährdet sein würde. Unter Ablehnung des deutschnationalen Antrages wird der Entwurf unverändert angenommen.

Bei der Abstimmung verlassen die Unabhängigen und Kommunisten den Sitzungssaal und machen dadurch die Gesamtabstimmung über den Gesetzentwurf, zu dem die Anwesenheit von zwei Dritteln der Abgeordneten gehört, unmöglich.

Präsident Löbe: Obwohl die Frage, ob das Gesetz ein verfassungsänderndes ist, noch der Klärung bedarf, legt die Regierung auf seine Annahme keinen Wert, wenn nicht die verfassungsmäßige Mehrheit dahinter steht. Die Gesamtabstimmung wird daher an einem anderen Tage stattfinden.

### Reichswehrministerium

Es folgt die zweite Lesung des Hanssakts des Reichswehrministeriums. — Als Berichterstatter berichtet Abg. Stücken (Soz.) über die Ausschuhverhandlungen.

### Abg. Schöpflin (Soz.):

Ungeachtet der im Ausschuß vorgenommenen Abträge, bleiben nach unserer Überzeugung in dem Etat noch Ausgaben, die ohne Gefährdung wichtiger Interessen gestrichen werden können. Auch im Reichswehrministerium selbst sind noch Abträge von Beamtenstellen möglich. Den Offizieren wird jeder Wunsch nach einer bestimmten Garnison erfüllt, daher werden die Formationen übermäßig auseinandergerissen. Überall fehlt es im Etat an der notwendigen Sparmaßnahme. Dagegen wird an Kleinigkeiten Sparmaßnahme demonstriert: Im Etat fehlt wörtlich, daß der Reichswehrminister auf das Auto des Chefs der Heeresleitung angewiesen sei. Bei den guten Beziehungen der beiden Herren zueinander ist nicht anzunehmen, daß der Chef der Heeresleitung dem Minister das Auto sperren (Seiterleit.) Gefährlich und ganz im Sinne des alten Systems erscheint die Organisation der obersten Behörden der Reichswehr, wonach der Chef der Heeresleitung zwar die Macht, aber nicht die Verantwortung hat. Auch früher pfiffen die Leiter des Generalstabes und Militärkabinetts ein lustig Liedlein auf die Bestimmungen des Reichstages. (Lautstimmig links: Und heute?) Bei einem nicht sehr energischen Minister ist dieser Zustand den militärischen Herren sehr angenehm. Sie sitzen dranzen und der Zivilist muß die Kritik des Reichstages aushalten.

### Herr Seiler hält sich für einen harten Mann,

der weiß, was er will, und das auch durchführt. In Wahrheit ist es aber so: Ein Chef rechts, ein Chef links, in der Mitte, von fräutigen Soldatenfausten gepackt, zappelt der Reichswehrminister. Profite rechts, Profite links, das Weltkind in der Mitte. (Seiterleit.) Der Minister soll keine Gefinnungsschnüffelei treiben, sondern nur Verschonungsstrenge verlangen. Der Minister hat erklärt, das Offizierskorps sei in seiner Mehrheit monarchistisch. Dann aber muß er gerade als parlamentarischer Minister das Offizierskorps mit schärfsten Auge überwachen, damit künftig die Prozesse gegen die Regierungsautorität und die Republik unterbleiben. Gefinnungsschnüffelei verlangen wir nicht, aber die Verhöhrungen der Republik, wie sie vielfach vorgenommen sind, verbiten wir uns.

In Bayern, wo überhaupt seltsame Dinge vorgehen, läßt man die Offiziere und Soldaten, die sich im Rapp-Putsch als verfassungstreu erwiesen haben, dies jetzt eingestehen. Es gehen unter den Regimentskommandeuren von General Wähl unterzeichnete Rundschreiben herum, in denen nach der Beförderung der Offiziere und Mannschaften gefragt wird. Das Wiedererscheinen der Offiziere und Mannschaften und Orden ist eine Kapitulation vor den Offizieren. Der Autorität des Ministers hat nichts mehr geschadet. Das Wiedererscheinen dieses militärischen Hirzefanges ist eine Provokation aller Kreise des deutschen Volkes, die auf dem Boden der Republik und der Demokratie stehen. Auch die Vorgänge im Loddeker Lager und der Pseudo-Spartakistenkampf von Mustraw, der nach Erklärungen des Regimentskommandeurs höheren Ortes besprochen worden ist, sind unerhörte Erscheinungen. Wir Sozialdemokraten arbeiten gegen die monarchistische Gefahr und werden nie aufhören, für die Erhaltung der Republik zu kämpfen. (Stürmischer Beifall bei den Soz.)

Abg. Erling (Z.): Der Herr Reichswehrminister ist seiner Aufgabe voll und ganz gerecht geworden; er hat alles getan, um eine dem Volke dienliche Wehrmacht zu schaffen. (Gelächter links.) Wir sind der Überzeugung, daß die guten Traditionen des alten Heeres in der Reichswehr fortleben. (Bravo rechts. — Unruhe auf der äußersten Linken.)

Abg. von Galkow (D. Nat.): Das Kriegsministerium selbst konnte sich nicht verkleinern, da die Arbeit auch bei einem kleinen Heer dieselbe ist und die Umstellung viel Arbeit macht. Schöpflins Äußerungen über den 27. Januar werden diejenigen nicht beirren, die sich an diesem Tage besonderen Empfindungen hingeben.

Das Haus vertagt sich auf Freitag 1 Uhr: Anfragen, Weiterberatung.

## Reichseinkommensteuer

### Ein ungangbarer Weg Helfferichs

Der Steuerauschuß des Reichstages setzte am Donnerstag die Beratung der Einkommensteuernovelle fort. Genosse Kassei stellte sich im wesentlichen auf den Boden der Regierungsvorlage. Die Härten der Doppelbesteuerung werden sehr übertrieben, denn die Besitzenden haben sich auch bei dieser Steuer ihren richtigen Leistungen zu entziehen gewußt. Abg. Helfferich verwarf die Regierungsvorlage und ebenso die von den verschiedenen Parteien gestellten Änderungsanträge. Er trat dafür ein, daß für die Veranlagung der Durchschnitt der Jahre 1918 und 1920 zugrunde gelegt werde. Das sei die beste und gerechteste Lösung! Aber schon der nachfolgende Redner, Dr. Blund (Dem.), hatte Bedenken gegen den Helfferichschen Vorschlag und wollte statt dessen das Jahr 1919 der Veranlagung zugrunde legen. Dr. Becker (Volksp.) hielt den Helfferichschen Vorschlag für gangbar, er müsse den Beratungen des Unterausschusses zugrunde gelegt werden. Staatssekretär Zapf erklärte: Der Unterschied zwischen den Einkommen von 1918 und den gegenwärtigen sei ein ungeheurer. Der Helfferichsche Antrag sei infolgedessen unmöglich. Auch der Vorschlag des Abg. Blund sei undurchführbar, da das Jahr 1919 nicht mehr zu veranlagen sei. Völlig ausgeschlossen mit dieser Begünstigung der Nichtlohnempfänger sei die Senkung der Steuerlast. Welches sei unvorstellbar mit den Erfordernissen der Finanzen. Abg. Andree (Zit.): Der Antrag Helfferichs schaffe Gegensätze, die die heutige Zeit nicht ertragen kann.

Genosse Dr. Hergt: Die heutige Tagung und insbesondere die Rede des Abg. Helfferich habe Klarheit darüber gebracht, daß die Vorlage der Regierung den einzig gangbaren Weg weise. Sie müsse deshalb zur Grundlage der Beratungen des Unterausschusses gemacht werden. Der schlagende Vorschlag des Abg. Helfferich ist genau so unannehmbar wie die früher von anderer Seite gemachten Vorschläge. Er würde nicht einzelne Ungerechtigkeiten hervorheben, sondern eine Ungerechtigkeiten im System und im Prinzip. Die Nichtlohnempfänger würden ausnahmslos gewaltig bevorzugt werden, da das Einkommen von 1918 um ein Mehrfaches geringer war als das von 1920. Die Verankerung Helfferichs, daß bei der Lohnsteuer weitgehende Rücksicht auf die Lage der Lohnempfänger geübt werde, ist für uns ohne jede Bedeutung. Auf Verprechungen lassen wir uns nicht ein. Wir halten auch die frühere Verabschiedung der Bestimmungen über das Veranlagungsjahr vor der Revision des Lohnsteuergesetzes für sehr bedenklich. Wir werden seiner Regelung zustimmen, die eine Milderung der Besteuerung der Besitzenden zur Folge hat.

## Öffentliche Wählerversammlung

Freitag, den 28. Januar.

8. Distrikt. In der Aula des Lyzeums, Grefswalder Str. 24, Referent: Genosse Fischer. Freie Aussprache.

12. Distrikt. Frauenversammlung 7 Uhr, Pappel-Allee 41-42, Turnhalle. Referent: Genosse Otto Meier.

Konowes. Abends 8 Uhr öffentliche Versammlung in Ebels Festsäle, Friedrichstraße. Referent: Reichstagsabgeordneter Genosse Simon-Kürberg. Freie Aussprache.

Reinkendorf-West. Öffentliche Frauenversammlung abends 7½ Uhr, in der Schulaula der 5. Gemeindefschule. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Breuning: Die Volkswende, die Schlemmerlei.

Sonnabend, den 29. Januar.

U. S. V. D. Sektion der Post und Telegraphie im Bezirksverband Berlin-Brandenburg. Abends 7½ Uhr, findet im Sophienlyzeum, Weinmeisterstr. 16-17, eine große Postversammlung statt. Thema: Der reaktionäre Kurs bei der Post und die Landtagswahlen. Referenten: Postsekretär Hoffmann, Postbetriebsassistent Jachert, Reichstagsabgeordneter: Luise Zieg.

## Die Wohnungsluxussteuer in der Stadtverordnetenversammlung

### Die Beratungen abgebrochen

Der Stadtverordnetenversammlung lagen zwei dringliche Beschlüsse vor. Die erste ist eine Vorlage des Magistrats über die Tarifserhöhung auf den Straßenbahnen, der andere Antrag, von der Fraktion der U. S. V. eingebracht, stellt einen Protest gegen die geplante Erhöhung der Mietpreise für Getreide dar. Da die Rechte des Hauses die Dringlichkeit der beiden Anträge nicht anerkennt, kommen die Vorlagen auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung.

Dr. Caspari (D. S.) stellt die Anfrage an den Magistrat, warum verschiedene Anfragen seiner Fraktion, betr. die Verurteilung der Direktion der Elektrizitätswerke usw., noch nicht beantwortet seien.

Bürgermeister Müller teilt mit, daß die Anfragen in der nächsten ordentlichen Magistratsitzung zur Verhandlung kommen.

Dr. Caspari gibt sich mit dieser Antwort nicht zufrieden und erklärt, daß seine Fraktion, bevor die Anfragen nicht beantwortet sind, als Protest gegen die unerhörte Mißwirtschaft in der Stadtverwaltung alle Steuern und Tarifserhöhungen ablehnt.

Hierauf wird in die Weiterberatung zweier Anträge der Wirtschaftlichen Vereinigung eingetreten. Die Anträge fordern, daß die Kleinrentner, ohne Ausnahme, mit Zucker und den zwangsweise bewirtschafteten Räumlichkeiten beliefert werden.

Singe (U. S. V.) wendet sich gegen die Anträge, denn die Zuckerverteilung würde nach Erklärung der Regierung am 1. Oktober aufgehoben werden. Die Zwangswirtschaft würde abgebaut, deswegen liege kein Grund vor, noch neue Maßnahmen in bezug der Verteilung durchzuführen.

Weißer (U. S. V. D.) und ein Redner der S. V. D. lehnen ebenfalls die Anträge ab.

Merten (Dem.) tritt für die Anträge ein. Bei den Kleinrentnern sei das Kapital Diener der Bevölkerung, in verstaatlichten oder kommunalisierten Unternehmungen wäre das Kapital Herr der Konsumenten.

Nachdem noch einige bürgerliche Vertreter sich in Stillübungen gegen Sozialisierung und Kommunalisierung ergangen hatten, werden die Anträge von der geschlossenen Linken abgelehnt. (Stürmischer Beifall und von der Tribüne.)

Der Vorlage über den Abschluß eines Mietvertrages betr. das Magdalenenajhl in Brandenburg a. H., zwecks schnellerer

### Einrichtung eines Sehlingsheimes

für das Jugendfürsorgeamt, wurde nach kurzer Aussprache zugestimmt.

Den Bericht der Ausschuhvorberatungen über die Einführung einer

### Wohnungsluxussteuer

gibt Dr. Rohmann (S. V. D.). Die Magistratsvorlage hat im Ausschuß verschiedene Änderungen erfahren. Der Jahresbetrag der Steuer beträgt nach der Ausschuhvorlage für einen Wohnraum über den Normalbedarf 500 M. und steigt bei 5 Wohnräumen über den Normalbedarf auf 10 000 M. für jeden weiteren Wohnraum sind 5000 M. Steuern pro Jahr zu entrichten. — Nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte wird der Veranlagungsantrag der bürgerlichen Parteien abgelehnt.

Dr. van der Borcht (Dnt.) wendet sich gegen die Vorlage, weil sie ungeschickt sei und die Wohnungsluxussteuer verschärze. (1)

Treffert (Z.) lehnt ebenfalls die Vorlage ab, da es sich um eine Wohnungsluxussteuer, aber nicht um eine Wohnungsluxussteuer handle.

Dr. Hergt (U. S. V.): Wenn die Linke für die Vorlage stimmt, so nicht aus finanziellen Gründen, sondern wegen der sozialen Wirkungen, die wir uns von der Vorlage versprechen. Der Ansicht n. d. Borcht's, daß die Vorlage die Wohnungsnot verschärze, stehen wir so skeptisch gegenüber, wie allen Behauptungen derjenigen, die früher die Möglichkeit der Wohnungsnot bestritten haben. Die Bautätigkeit ist zurückgegangen, weil sie den Privatunternehmern nicht genügend Profit abwirft und ihnen die Mieterhulgeerhebung im Wege steht. Nach der Reichsmietungsstatistik aus dem Jahre 1918 besteht fast die Hälfte aller Berliner Wohnungen aus Wohnungen mit einem Zimmer oder Küche und Zimmer.

An Hand statistischen Materials weist Genosse Hergt nach, daß sich die Belegungsstärke der kleinen Wohnungen seit 1913 bedeutend verstärkt hat.

Wenn man nach der Statistik rein schematisch vorgeht, so würden etwa 13 Prozent der Wohnungen von der Steuer betroffen werden. In Wirklichkeit wird der Prozentsatz ein bedeutend niedriger sein. Der in die Vorlage eingeschaltete Parteiparagraph gibt die Möglichkeit, etwaige Unbilligkeiten, die auch wir nicht wünschen, zu mildern.

Wir sind der Meinung, daß die Vorlage unter den heutigen Verhältnissen allen sozialen Anforderungen gerecht wird. Wir stimmen den Ausschuhentwürfen zu, beantragen aber, daß die Jahressätze für jeden weiteren Wohnraum, wenn bereits 5 Wohnräume über den Normalbedarf vorhanden sind, von 5000 auf 10 000 M. erhöht wird, ebenfalls dem Antrage, daß die Erträge dieser Steuer für Zwecke des Wohnungsbauens und zur Milderung der Wohnungsnot verwendet werden sollen. Auch dem Antrage, nach dem Kleinrentnerbau von der Steuer befreit werden sollen. Bei der Abstimmung über die Steuer vorlage handelt es sich um Verantwortung der Frage, wer an dem Aufbau der neuen Stadtgemeinde mitarbeiten will und wer nicht. In dieser Steuerordnung sehen wir einen Weg, der uns zu diesem Ziele führen kann. Alle Einwände der Rechten können an unserer Meinung nichts ändern, daß sie besteht, alle Reize des bestehenden Bürgeriums zu erhalten auf Kosten der großen Massen, die unter den gegenwärtigen Wohnungsverhältnissen leiden. (Beifall links.)

Dorr (U. S. V. D.) schließt an Hand von Material die furchtbare Wohnungsnot und fordert eine Verdoppelung aller vorgeschlagenen Steuerlasten. Wenn kulturelle Gesichtspunkte gegen die Vorlage ins Treffen geführt werden, dann ist es der Rechten zu empfehlen, nicht soviel von Kultur zu reden. Die Folgen ihrer Kultur sehen sie in den Taten Wilhelm des Unerschrockenen, dem Kriege, den Leidenbergen, den Krämpfen usw. (Beifall Unruhe und Stürme bei den bürgerlichen Beifall links.)

Dr. Eyners (D. Vp.) will die Vorlage abgelehnt wissen. Als der Redner Verantwortung dagegen einlegt, daß der ehemalige Minister des Deutschen Reiches beiseite gelassen werden sei, antworten die sozialistischen Parteien mit Zwischenrufen, die zeigen, daß sie eine wesentlich andere Auffassung von dem „ehemaligen Monarchen“ haben, als Herr v. Eyners.

Die Aussprache wird hierauf der vorgeschriebenen Zeit wegen vertagt und die öffentliche Sitzung geschlossen.



Groß-Berlin

Die Berliner Stadtverordnetenwahlen für ungültig erklärt

Die Bezirkswahlen gültig

Der Stadtrat Venise und andere Mitglieder der Deutschen Volkspartei im Berliner Stadtparlament haben gegen die Stadtverordnetenversammlung Klage auf Ungültigkeitserklärung der Wahlen zu dieser Körperschaft erhoben, die gestern vor dem Bezirksauschuss verhandelt wurde.

Die Antragsteller begründen ihre Forderung mit der Ungültigkeitserklärung von 4081 Stimmen der Deutschen Volkspartei, die nach den Wahlen zur Berliner Stadtverordnetenversammlung erfolgt ist. Darnach stellte sich allerdings bei der Nachprüfung durch die Stadtverordnetenversammlung heraus, daß diese Maßnahme zu Unrecht erfolgt war. Die ungültigen Stimmen wurden darauf für gültig erklärt und das Wahlergebnis entsprechend korrigiert. Obgleich diese Gültigkeitserklärung der Deutschen Volkspartei zugute kam und diese dadurch einen Stadtverordneten mehr in das „Rote Haus“ entsenden konnte, haben Venise und Genossen Klage erhoben, indem sie geltend machen, daß die ursprüngliche Ungültigkeitserklärung die Ungültigkeit der ganzen Berliner Wahlen zur Folge habe. Sie beantragen daher, die sämtlichen Wahlen zur Berliner Stadtverordnetenversammlung vom Juni vorigen Jahres für ungültig zu erklären. Demgegenüber steht die Stadtverordnetenversammlung, die vor dem Bezirksauschuss durch Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld (U. S. P. D.) vertreten wird, auf dem Standpunkt, daß sie berechtigt gewesen sei, entsprechend der Gültigkeit der ursprünglich für ungültig angesehenen Stimmen, das Wahlergebnis zu korrigieren.

Kläger und Beklagte legten gestern mündlich ihre Auffassung dar. Im weiteren Verlauf der Verhandlungen wurde dann festgestellt, daß der Einspruch der Deutschen Volkspartei sich gegen die gesamten Stadtverordnetenwahlen in Berlin und nicht nur gegen die Bezirksverordnetenwahlen in den Bezirken I bis VI gerichtet habe. Er wurde protokolllarisch festgelegt. Dann stellte sich heraus, daß das Original dieses Einspruches nicht bei den Akten war. Auf Antrag des Rechtsanwalts Dr. Rosenfeld beschloß der Bezirksauschuss, diese Akten noch einzuziehen und die Verhandlung bis zu deren Eingang auszusetzen.

Nachdem vom städtischen Wahlbureau das Original des Einspruches der Deutschen Volkspartei gegen die Gültigkeit der Gemeindevahlen vom 20. Juni eingeholt worden war, wurde festgestellt, daß dieser rechtzeitig eingereicht worden ist.

Der Vorsitzende verlas die darauffolgende Entscheidung: Der Bezirksauschuss hat dahin erkannt, die Klage wird abgewiesen, soweit sie auf die Ungültigkeitserklärung der Wahlen zu den Bezirksverordnetenversammlungen gerichtet ist; im übrigen werden die Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung für ungültig erklärt. Die Kosten des Verfahrens werden zu einem Zehntel den Klägern, zu neun Zehnteln den Beklagten auferlegt, und der Wert des Streitgegenstandes auf 5000 M. festgesetzt. Wie wir hierzu hören, wird Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld gegen dieses Urteil Berufung beim Oberverwaltungsgericht einlegen.

Nach diesem Spruch werden die Stadtverordnetenwahlen für ungültig, die Bezirksverordnetenwahlen aber gültig erklärt, obwohl der Wahlakt ein einheitlicher und zusammenhängender war. Was die rechtliche Seite der Sache betrifft, wird niemand verstehen, daß ein Grund für die Ungültigkeit der Wahl in dem Beschluß des Wahlausschusses zu suchen sein soll, der die von Wahlsprecherern ungültig erklärten Stimmen für gültig erklärte. Aber für das Urteil spielen rechtliche Gründe überhaupt keine Rolle, es ist nur aus dem politischen Willen zu erklären. Als Vorsitzender fungierte der Geh. Oberregierungsrat Dr. Trill, dem Verwaltungsdirektor Wagner und als gewählte Mitglieder Stadtrat Dr. Ruggan, Architekt Wiebend, Verbandsvorsitzender Strauß und Redakteur Franz beigegeben waren.

Es handelt sich ganz offensichtlich um ein Tendenzurteil, wie sie heute auch in der preussischen Strafrechtspflege an der Tages-

ordnung sind. Die jetzige Zusammensetzung der Berliner Stadtverordnetenversammlung gefällt dem Bürgertum schon lange nicht und es wendet alle Kräfte an, um zu einer Korrektur zu kommen. In diesem Streben findet es willige Helfer auch bei solchen „Gerichten“, wie der Bezirksauschuss sie darstellt. Ob das Oberverwaltungsgericht eine andere Entscheidung fällen wird, steht dahin. Rechtspersonen bejahen die Frage, Politiker verneinen sie.

Flugblattverbreitung in Groß-Berlin

Sonnabend, den 29. Januar, bis 5 Uhr nachmittags, Materialausgabe an alle Groß-Berliner Distrikte und Ortsgruppen. (Wadmaterial mitbringen.)

Sonntag, den 30. Januar, vormittags 9 Uhr, Flugblattverbreitung im gesamten Groß-Berlin von den bekannten Lokalen aus. Keiner darf dabei fehlen.

Bezirksamtswahlen in Pichtenberg. In der gestrigen Sitzung der 17. Bezirksversammlung (Pichtenberg, Friedrichsriede, Karlsdorf usw.) fanden die Wahlen für die besoldeten Bezirksamtsmitglieder statt. Zum Bürgermeister wurde der bisherige besoldete Stadtrat John (U. S. P. D.) gewählt. Zum stellv. Bürgermeister wurde Stadtr. Thurm (U. S. P. D.), zu Stadträten der bisherige besoldete Stadtrat Wöhe (U. S. P. D.), der bisherige Stadibaurat Gleva (Bgl.), der bisherige Stadtschulrat Siggel, der unbesoldete Stadtrat Fischer (D. Sp.) und der Bezirksverordnete Ewers (Kommunist) gewählt. Die Wahl der unbesoldeten Stadträte wurde vertagt.

5. Verwaltungsbezirk (Friedrichshain). Sitzung der Stadt- und Bezirksverordneten, der Vorsitzenden der kommunalen Kommission und Distriktsleiter am Sonnabend 7 Uhr bei Fall, Rüdersdorfer Str. 18.

Die Milchlieferung. Belieferung für Freitag, den 28. Januar und Sonnabend, den 29. Januar 1921. Am 28. Januar erhalten die 1/2 Liter-Krankenfamilien nur 1/2 Liter Frischmilch, die 1/2 Liter-Krankenfamilien werden voll beliefert. Am 29. Januar werden die 1/2 Liter-Krankenfamilien voll beliefert, die 1/2 Liter-Krankenfamilien erhalten keine Milch. Die übrige Belieferung bleibt wie bisher. Die angegebene Belieferung bezieht sich nicht auf die seit dem 1. Oktober 1920 neu zu Berlin hinzugekommenen Gemeinden.

Die Sprechstunde für Elternbeiräte findet vom 31. Januar ab wieder regelmäßig jeden Montag von 6-7 Uhr in der Bibliothek der Arbeiter-Bildungsschule, Breite Str. 8-9, Hof, part., statt.

Demonstration der Obdachlosen. 200 bis 300 Mann Obdachloser erschienen gestern beim Stadtrat Hinghe und beantragten: 1. Bessere Verpflegung; 2. bessere Behandlung durch Beamte und Hausdiener; 3. gleichmäßige Brotration; 4. Ausdehnung der Erwerbslosenunterstützung für alle Berliner Obdachlosen; 5. Fortfall der Bewachung für Besucher, die länger als 10 Tage im Hof Quartier nehmen. Antwort wird bis Sonnabend mittag erbeten. Der Ausschuss für das Obdach, der zufällig beisammen war, beschäftigte sich sofort mit den Fragen. Es wurde beschlossen: An Stelle von Kafsee soll morgens eine Suppe verabreicht werden, ebenso abends. Diese Suppen sollen kräftig hergestellt werden. Die Brotration soll gleichmäßig bemessen werden. Es soll gegeben werden: Ein Brot in sieben Teile geteilt, pro Tag. Die Ausdehnung der Erwerbslosenunterstützung soll bei der Erwerbslosenunterstützung angeregt werden. Der Aufenthalt soll, mit Rücksicht auf die schwierigen Wohnungsverhältnisse, ohne Zeitbeschränkung gestattet sein. Vom Betriebsrat und Beamtenauschuss wurde betont, daß die Aufsucher des Obdach keinen Grund hätten, sich über die Behandlung zu beklagen.

Die Waffensache. Am gestrigen Vormittag wurde in Pankow und Reinickendorf die Waffensache fortgesetzt. Es wurden diesmal einzelne Straßenzüge einer genauen Durchsuchung unterzogen, und zwar in Pankow die Schulze, Pöbme- und Morostroße, in Reinickendorf Ost: Wille, Albert-Freitag- und Teile der Provinzstraße, sowie die Pankower Allee.

Die Mader gegen Paulsen. Einen Protest gegen die Wahl Paulsens hat der Vorstand der „Evangelischen Schulgemeinde Zehlendorf“ an den Oberpräsidenten gerichtet. Es heißt darin: „Die „Evangelische Schulgemeinde“ steht in der Berufung des Herrn Wilhelm Paulsen-Hamburg zum Oberstadtschulrat von Berlin eine ernste Gefahr für die Entwicklung des Berliner Schulwesens. Sie protestiert gegen ihn, weil sie der Überzeugung ist, daß ein Pädagoge, der die religiöse Unterweisung der Jugend für unnötig hält — ganz abgesehen davon, daß er sich persönlich als konfessionslos bezeichnet — nicht geeignet ist, ein im wesentlichen christliches Schulwesen zu leiten. Für diese gegenwärtig in

Hausbesitzer!

Seht die polizeilichen Meldelisten der Mieter in Eurem Hause durch! Wenn Ihr einen Oberschlesier darunter habt, so erinnert ihn daran, daß er an der Volksabstimmung in seiner Heimat nur teilnehmen kann, wenn er sofort den Formularantrag auf Eintragung in die Abstimmungslisten stellt. Anträge, die nicht

spätestens am Sonntag Abend

von hier abgehen, sind in Gefahr, nicht bis zum Schluß der Anmeldefrist (3. Februar) bei der Abstimmungsbehörde in Oberschlesien einzutreffen.

Die Meldestellen der Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier, die an den Anschlagssäulen bekannt gegeben sind, nehmen die Anträge entgegen und erteilen Rat und Hilfe bei der Ausfüllung der Formulare. Auch Quitscheine zur Anfertigung von Photographien sind dort zu haben. Die Meldestellen sind auch den ganzen Sonntag geöffnet.

Vereinigte Verbände heimattreuer Oberschlesier

Groß-Berlin ganz besonders schwierige Aufgabe kann nur ein erprobter christlicher Schulfachmann, der die Gewähr bietet, über den Parteien stehend, konfessionell parteilos zu wirken, in Betracht kommen. Die „Evangelische Schulgemeinde“ richtet deshalb an den Herrn Oberpräsidenten die dringende Bitte, die Wahl nicht zu bestätigen. Christlich gesinnt muß der Schulrat sein, sonst braucht er nichts. Dieser Tage ist übrigens der Antrag auf Bestätigung an den Oberpräsidenten ergangen, der hoffentlich schleunigst seine Entscheidung trifft.

Totschlag in der Friedrichsriede. Ein neues Kapitalverbrechen rief gestern Abend die Nordkommission der Berliner Kriminalpolizei nach der Friedrichsriede Straße 32. Dort ist der 36 Jahre alte Arbeiter Paul Schädel von seiner früheren Geliebten, der unter Sittenkontrolle befindlichen Frau Luise Simon, geborene Horn, und deren jetzigen Geliebten, dem 42 Jahre alten Arbeiter Friedrich Schäfer, beide Remeler Straße 21 wohnhaft, mit einem Holzstiel und einer Reibehufe erschlagen worden. Die Täter sind beide flüchtig und werden zur Zeit noch gesucht.

Eine Diebesrazzabie rief gestern mittag im Westen der Stadt große Aufregung hervor. Dort erschloß der 20 Jahre alte Student Armande Kolanoff aus Ruskof, der in der Trendelenburgstr. 16 ein möbliertes Zimmer bewohnt, seine Angebetete, die 16 Jahre alte Tochter Hertha der Witwe Schamitz aus der Trendelenburgstraße 1, verletzte die Mutter an beiden Händen und erschloß sich dann selbst. Kolanoff, ein Bulgare, glaubte, daß das junge Mädchen ihm nicht treu sei. Die Eifersucht verletzte ihn so in Aufregung, daß er mit einem kleinen Browning bewaffnet, seine junge Geliebte in der Wohnung der Mutter aufsuchte, wo er nach kurzem Wortwechsel die Waffe zog und mehrere Schüsse abgab. Eine Kugel traf die Tochter in den Kopf und tötete sie auf der Stelle, eine zweite verletzte die Mutter an beiden Händen. Als der junge Liebhaber sah, was er für Unheil anrichtet hatte, schoß er sich selbst auch noch eine Kugel in die Schläfe.

Empfindliche Verluste. In der Straßenbahn schwer bestohlen wurde auf der kurzen Strecke vom Leipziger Platz nach dem Potsdamer Bahnhof eine Dame. Ohne daß sie das geringste merkte, stinerte ein Langfinger ihre Handtasche und stahl daraus ein paar goldene Ohrringe im Werte von 10 000 M. Die Ohrringe tragen einen großen Brillanten, der von fünf bis sechs kleineren umgeben ist. Auf dem Bahnhof Bahnhof wurde einem Reisenden, der den Walschraum aufgesucht hatte, eine goldene Schloßnadel im Werte von 10 000 M. gestohlen.

Carmen

Novelle von Prosper Mérimée

Übersetzt von Franz Schnabel

Ich fragte ihn, ob ich ihm mit etwas Geld oder mit dem Kredit meiner Freunde irgendeine Erleichterung seines Schicksals verschaffen könne. Zuerst zuckte er die Achseln und lächelte traurig; dann begann er sich eines Besseren und bat mich, für das Heil seiner Seele eine Messe lesen zu lassen. „Würden Sie“, fügte er zaghaft hinzu, „würden Sie noch eine andere lesen lassen für eine Person, die Sie beleidigt hat?“

„Gewiß“, sagte ich zu ihm; „aber ich möchte nicht, daß jemand in diesem Lande mich beleidigt hätte.“ Er sagte meine Hand und drückte sie mit ernster Miene. Nach einem Augenblick des Schweigens begann er von neuem:

„Darf ich es wagen, Sie um noch einen Dienst zu bitten? Wenn Sie in Ihre Heimat zurückkehren, dann werden Sie vielleicht durch Navarra kommen, oder mindestens werden Sie Vittoria berühren, das nicht weit davon entfernt ist.“

„Ja“, antwortete ich, „ich werde sicherlich durch Vittoria kommen; aber es ist nicht unmöglich, daß ich mich seitwärts wende, um nach Pamplona zu gehen, und für Sie, glaube ich, würde ich diesen Umweg gerne machen.“

„Nun wohl! Wenn Sie nach Pamplona gehen, dann werden Sie dort mehr als ein Ding sehen, das Sie interessiert. Es ist eine schöne Stadt. Ich will Ihnen diese Medaille geben (er zeigte dabei auf eine kleine Silbermedaille, die er am Hals trug). Sie werden Sie in Papier wickeln. . . er hielt einen Augenblick inne, um seine Bewegung zu meistern. . . und einer trefflichen Frau überbringen oder auch überbringen lassen. Ihre Adresse will ich Ihnen noch angeben. . . Sagen Sie ihr, daß ich gestorben bin, aber sagen Sie nicht, wie.“

Ich versprach, seinen Auftrag zu erfüllen. Am folgenden Tage besuchte ich ihn noch einmal und verbrachte bei ihm einen Teil des Tages. Da habe ich aus seinem Munde die folgenden traurigen Begebenheiten vernommen.

III.

Ich bin geboren zu Elizondo, im Tale von Baztan, erzählte er. Ich heiße Don José Zigarabengoa, und Sie sind mit Spanien hinreichend bekannt, um schon gleich aus meinem Namen zu ersehen, daß ich ein Baske und alter

Christ bin. Wenn ich den Titel eines Don führe, so geschieht das nur, weil ich das Recht dazu habe, und wenn wir jetzt in Elizondo wären, dann würde ich Ihnen auf Pergament geschrieben meinen Stammbaum zeigen. Man wünschte, daß ich Geistlicher würde, und ließ mich studieren; aber ich machte nur geringe Fortschritte. Allzuerne spielte ich Ball, und das hat mich ins Verderben gebracht. Wenn wir Navarresen Ball spielen, dann vergessen wir alles. Als ich eines Tages gewonnen hatte, suchte ein Burleske aus Alava Streit mit mir anzufangen; wir nahmen unsere eisenschlagenden Stöcke, und ich behielt wiederum die Oberhand; aber ich sah mich dadurch gezwungen, das Land zu verlassen. Unterwegs begegnete ich Dragonern und nahm Dienste in dem Reiterregimente von Almazana. Die Leute aus unseren Bergen erlernen rasch das Kriegshandwerk. Ich wurde bald Korporal, und man versprach mir, mich zum Wachtmeister zu befördern, als ich zu meinem Unglück bei der Tabakmanufaktur von Sevilla auf Wache geschickt wurde.

Wenn Sie in Sevilla gewesen sind, dann haben Sie sicherlich dieses große Gebäude gesehen, das außerhalb der Mauer am Guadalquivir steht. Noch glaube ich kein Tor mit der Wachtstube daneben vor mir zu sehen. Wenn die Spanier auf Wache sind, so spielen sie Karten oder schlafen; ich dagegen, als freier Navarrese, suchte immer mich zu beschäftigen. So machte ich z. B. eine Kette aus Messingdraht, um meinen Patronenstift daran zu befestigen. Plötzlich sagen die Kameraden: „Eben kätet es, die Mädchen gehen wieder an die Arbeit.“ Es sind nämlich ungefähr vier- bis fünfhundert Frauen in der Manufaktur beschäftigt. Sie rollen die Zigarren in einem großen Saale, zu dem die Männer ohne Erlaubnis der Obrigkeit keinen Zutritt haben, weil die Frauen, und besonders die jungen, es sich sehr bequem machen, wenn es heiß ist. Zu der Stunde, wo die Arbeiterinnen nach ihrem Mittagessen wieder zur Arbeit gehen, kommen viele junge Burlesken dorthin, um sie vorübergehen zu sehen und über alle möglichen Dinge mit ihnen zu plaudern. Es gibt nur wenige unter diesen Mädchen, die eine Tassetmantilla zurüdwiesen, und die Liebhaber brauchen bei diesem Fischen sich nur zu bücken, um die Beute zu erlangen. Während die anderen zufahren, blieb ich auf meiner Bank in der Nähe des Tores. Ich war damals noch jung, ich dachte immer an die Heimat und glaubte nicht, daß es hübsche Mädchen ohne blaue Röcke und auf die Schultern fallende Zöpfe geben könne. Im übrigen, die Andalusierinnen bereiteten mir Furcht; ich war noch nicht an ihre Manieren gewöhnt, immer zu spotten und niemals ein vernünftiges Wort zu reden. Ich sah also da, eifrig

mit meiner Kette beschäftigt, als ich hörte, wie Bürger sagten: da kommt die Gitanella. Ich erhob die Augen und sah sie. Es war an einem Freitag, und ich werde ihn niemals vergessen. Ich sah diese Carmen, die Sie kennen, bei der ich Sie vor einigen Monaten getroffen habe.

Sie trug einen sehr kurzen, roten Rock, unter dem weiße, seidene Strümpfe mit mehr als einem Loch zu sehen waren, und hatte niedliche rote Saffianschuhe an, die mit feuerroten Bändern gebunden waren. Ihre Mantilla hatte sie zurückgeschoben, um ihre Schultern und einen großen Azazienstrauch, der aus ihrem Hemde hervorwuchs, sehen zu lassen. Außerdem hielt sie noch eine Azazienblüte in dem Winkel ihres Mundes. So schritt sie dahin und wiegte sich dabei in den Hüften wie ein Kücken aus dem Gestrüch von Cordova. In meiner Heimat hätte ein Weib in solchem Aufzuge die Leute veranlaßt, sich zu hehrzugen: in Sevilla dagegen machte ihr ein jeder über ihre Haltung eine losere Bemerkung, und sie antwortete jedem mit verführerischem Lächeln, die Faust in der Hüfte, frech wie eine richtige Alocunera, die sie war. Anfangs gefiel sie mir nicht, und ich nahm meine Arbeit wieder auf; aber nach der Art von Frauen und Ragen, die nicht kommen, wenn man sie ruft, und die kommen, wenn man sie nicht ruft, blieb sie vor mir stehen und redete mich in andalusischer Mundart an:

„Gevatter, willst du mir nicht deine Kette zum Aufhängen meiner Koffer Schlüssel geben?“

„Ich brauche sie, um meine Patronennadel daran zu befestigen“, erwiderte ich ihr.

„Deine Patronennadel!“ rief sie mit Lachen aus. „Ah! der Herr macht Spiken, weil er Kadein braucht.“

Jedermann, der dabei stand, fing an zu lachen, und ich fühlte, wie ich erdödete, und konnte kein Wort der Entgegnung finden.

„Wohlan, Herz“, rief sie wiederum, „häfale mir doch sieben Ellen schwarze Spiken für meine Mantilla, du Häfale meiner Seele.“

Und sie nahm die Azazienblüte aus dem Munde und schenkte sie mir mit einer Bewegung des Daumens gerade zwischen die Augen. Da war mir, als ob mich eine Kugel getroffen hätte. Ich wußte nicht, wohin ich mich verfliegen sollte, und blieb unbeweglich wie ein Stück Holz. Als sie in der Manufaktur verschwunden war, sah ich die Azazienblüte, die zur Erde gefallen war, zwischen meinen Füßen liegen; ich weiß nicht, was mich anwanderte, aber ich hob sie auf, ohne daß meine Kameraden es bemerkt hätten, und steckte sie sorgfältig in meinen Rock. Das war meine erste Dummheit. (Fortf. folgt.)

# Gewerkschaftliches

## Der Wahlkampf im Bekleidungsarbeiter-Verband

Wir haben die Bühnenaugen des Herrn Schumacher verfehlt, und damit die der „Roten Fahne“. Das Blatt wirft uns vor, wir hätten den Wahlkampf „in die Niederungen persönlicher Anreizungen herabgezerrt“, indem wir die Taten Schumachers nach einmal gefenstert haben. Wer die „Rote Fahne“ und die nach Sinowjews Muster geübten Kampfmethoden der Kommunisten kennt, wird zu ermessen vermögen, wie wenig uns ein solcher Vorwurf zu treffen vermag. Zudem handelt es sich ja doch für die Bekleidungsarbeiter bei der Wahl um die Person Schumachers, und es ist deswegen schon nötig, daß sie die moralischen Qualitäten dieses Mannes bei ihrer Entscheidung beachten.

Im ganzen klingt die Polemik der „Roten Fahne“ etwas trübselig. Eine Erscheinung, die sich daraus erklären dürfte, daß die Kommunisten bisher mit ihrer Propaganda unter den Bekleidungsarbeitern wenig gehabt haben. Man hat zwar den ganzen komplizierten und vielseitigen Apparat der kommunistischen Wirtschaft in den Gewerkschaften aufgebaut, aber ohne Erfolg. So waren z. B. die von der kommunistischen Fraktion für die einzelnen Branchen des Bekleidungsarbeiter-Verbandes zum Mittwoch, den 26. d. M., einberufenen Versammlungen überhaupt nicht besucht. Im Lokal von Boeler, wohin man die Wählerarbeiter gerufen hatte, waren ganze vier Tische besetzt, und die Versammlung der Branche der Damenkonfektion im Gewerkschaftshaus hatte es auf etwa drei dünnbesetzte Tische gebracht.

Angesichts solcher Pleite wird man stiller. Besonders dann, wenn man sich bei der Einberufung dieser Versammlungen nicht geschämt hat, die Arbeiterinnen und Arbeiter über den Charakter der Versammlungen zu täuschen. Die Handzettel nämlich, auf denen die kommunistische Zelle zu den Branchensammlungen eingeladen hatte, hatten genau das gleiche Aussehen, wie jene Zettel, die der Bekleidungsarbeiter-Verband stets an seine Mitglieder versendet. Sie trugen den gleichen Kopf und waren von dem gleichen Drucker hergestellt. Ging der Auftrag etwa auch auf Kosten des Bekleidungsarbeiter-Verbandes? Vermutlich wäre es nicht, denn es paßte völlig zu den Anweisungen aus Moskau, die man skrupellos anzuwenden pflegt. Und wenn es dazu noch eines Beweises bedurfte, dann hat der kommunistische Bevollmächtigte Schumacher auch diesen erbracht, indem er in der Versammlung im Gewerkschaftshaus — zwar in etwas verbrämter Form — den Druck der Zettel mit folgenden Worten zugab: Jede Partei benützt eben das Mittel, das ihr gerade recht ist.

Wenn man allerdings auf so billige Art zu Propagandamaterial kommt, dann ist es leicht, darüber zu spotten, daß andere Unternehmungen der Berliner Arbeiterchaft zu ihrem

Aufbau Anleihen bei den Gewerkschaften machen. Die „Rote Fahne“ glaubt nämlich, unsere Kennzeichnung des Schumacher durch die Bemerkung abfertigen zu können, die „Freiheit“ habe beim Bekleidungsarbeiter-Verband einen Anleiheversuch gemacht. Die Schreibweise des Kommunistenblattes scheint nicht zu wissen, daß die Gewerkschaften von jeher Geldmittel leihweise für den Aufbau großer Unternehmungen der Arbeiterchaft hergegeben haben. Unser Weg wäre also durchaus kein ungewöhnlicher gewesen. Aber — und das vor allem wollen wir der „Roten Fahne“ zu Gemüte führen — dieser Weg hat uns zum Bekleidungsarbeiter-Verband geführt, nicht zu Herrn Schumacher. Trotz seiner Moskauer Beziehungen hatten wir diesen

## Bekleidungsarbeiter!

Wählt am Sonnabend, den 23. Januar 1921 nur die Liste Lehmann

mit folgenden Namen:

Lehmann, Willy, 1. Vorst. Kottsch, Helmut, Kassierer  
Fischer, Ernst, 2. Vorstehender Grell, Max, Schriftführer.

Die Beisitzer und Revisoren:

Oder, Fritz Sprung, Charlotte  
Sitan, Klara Selenow, Max  
Barth, Hermann Kari, Adolf  
Pechle, Razi

Achtung! Abänderungen am Stimmzettel haben zur Folge, daß der ganze Stimmzettel ungültig ist! Es dürfen deshalb auch keine Streichungen auf dem Stimmzettel vorgenommen werden!

Schumacher nicht für so vermögend, daß ein solcher Versuch bei ihm einen Zweck haben könnte. Also wissen wir nicht, was Schumacher damit zu tun haben soll, wenn die „Freiheit“ vom Bekleidungsarbeiter-Verband eine Anleihe befinmt. Bekleidungsarbeiter-Verband und Schumacher sind glücklicherweise zwei verschiedene Dinge. Die Wahl des Bevollmächtigten wird dafür sorgen, daß auch die „Rote Fahne“ diesen Unterschied begreift, denn bei der Wahl wird Herr Schumacher dahin befördert werden, wohin er gehört, nämlich vor die Schwelle der Disziplinierung des Bekleidungsarbeiter-Verbandes.

Achtung Betriebsräte der Sozialversicherung. Die für Freitag, den 23. Januar, abends 6 Uhr, angelegte Versammlung fällt wegen einer anderweitigen Versammlung des Zentralverbandes der Angestellten aus. Neuer Versammlungstermin wird noch bekannt gegeben. Freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale für den Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin.

Freigewerkschaftliche Betriebsräte, Buchbinder-Verband. Ohne sich vorher bei uns zu orientieren, hat die Zentrale zu heute Freitag eine Betriebsräte-Versammlung des graphischen Gewerbes

einberufen. Delegierte zur Generalversammlung, die gleichzeitig Betriebsräte sind, gehen in die Generalversammlung des Buchbinderverbandes. Es findet später eine besondere Versammlung der Buchbinder-Betriebsräte statt, in welcher die Wahlen vorgenommen werden.

## Aus den Organisationen

Freitag, den 23. Januar

8. Mittl. Flugmotorverteilung von den bekannten Jagdmaschinen aus, Verteilungslisten können bis Freitag am Sonnabend nachmittag bei Gallas abholen.

Sonnabend, den 23. Januar

10. Mittl. Flugmotorverteilung von den bekannten Jagdmaschinen aus, Verteilungslisten können bis Freitag am Sonnabend nachmittag bei Gallas abholen.

11. Mittl. Flugmotorverteilung von den bekannten Jagdmaschinen aus, Verteilungslisten können bis Freitag am Sonnabend nachmittag bei Gallas abholen.

12. Mittl. Flugmotorverteilung von den bekannten Jagdmaschinen aus, Verteilungslisten können bis Freitag am Sonnabend nachmittag bei Gallas abholen.

13. Mittl. Flugmotorverteilung von den bekannten Jagdmaschinen aus, Verteilungslisten können bis Freitag am Sonnabend nachmittag bei Gallas abholen.

14. Mittl. Flugmotorverteilung von den bekannten Jagdmaschinen aus, Verteilungslisten können bis Freitag am Sonnabend nachmittag bei Gallas abholen.

15. Mittl. Flugmotorverteilung von den bekannten Jagdmaschinen aus, Verteilungslisten können bis Freitag am Sonnabend nachmittag bei Gallas abholen.

16. Mittl. Flugmotorverteilung von den bekannten Jagdmaschinen aus, Verteilungslisten können bis Freitag am Sonnabend nachmittag bei Gallas abholen.

17. Mittl. Flugmotorverteilung von den bekannten Jagdmaschinen aus, Verteilungslisten können bis Freitag am Sonnabend nachmittag bei Gallas abholen.

18. Mittl. Flugmotorverteilung von den bekannten Jagdmaschinen aus, Verteilungslisten können bis Freitag am Sonnabend nachmittag bei Gallas abholen.

19. Mittl. Flugmotorverteilung von den bekannten Jagdmaschinen aus, Verteilungslisten können bis Freitag am Sonnabend nachmittag bei Gallas abholen.

20. Mittl. Flugmotorverteilung von den bekannten Jagdmaschinen aus, Verteilungslisten können bis Freitag am Sonnabend nachmittag bei Gallas abholen.

21. Mittl. Flugmotorverteilung von den bekannten Jagdmaschinen aus, Verteilungslisten können bis Freitag am Sonnabend nachmittag bei Gallas abholen.

22. Mittl. Flugmotorverteilung von den bekannten Jagdmaschinen aus, Verteilungslisten können bis Freitag am Sonnabend nachmittag bei Gallas abholen.

23. Mittl. Flugmotorverteilung von den bekannten Jagdmaschinen aus, Verteilungslisten können bis Freitag am Sonnabend nachmittag bei Gallas abholen.

24. Mittl. Flugmotorverteilung von den bekannten Jagdmaschinen aus, Verteilungslisten können bis Freitag am Sonnabend nachmittag bei Gallas abholen.

25. Mittl. Flugmotorverteilung von den bekannten Jagdmaschinen aus, Verteilungslisten können bis Freitag am Sonnabend nachmittag bei Gallas abholen.

26. Mittl. Flugmotorverteilung von den bekannten Jagdmaschinen aus, Verteilungslisten können bis Freitag am Sonnabend nachmittag bei Gallas abholen.

27. Mittl. Flugmotorverteilung von den bekannten Jagdmaschinen aus, Verteilungslisten können bis Freitag am Sonnabend nachmittag bei Gallas abholen.

28. Mittl. Flugmotorverteilung von den bekannten Jagdmaschinen aus, Verteilungslisten können bis Freitag am Sonnabend nachmittag bei Gallas abholen.

29. Mittl. Flugmotorverteilung von den bekannten Jagdmaschinen aus, Verteilungslisten können bis Freitag am Sonnabend nachmittag bei Gallas abholen.

30. Mittl. Flugmotorverteilung von den bekannten Jagdmaschinen aus, Verteilungslisten können bis Freitag am Sonnabend nachmittag bei Gallas abholen.

## Wer auf sein Gehalt warief

um neue Stiefel oder Strümpfe zu kaufen, der findet bei uns in den letzten 3 Ausverkaufstagen

noch eine große Auswahl von vorteilhaften Gelegenheitskäufen, die für die Schlußtage reserviert wurden

Schluß ultimo!

# Leiser

Inventur-  
**Ausverkauf**  
unerhört  
billig

**COGNAC**  
Block, Weinbrand Nr. 48.50 exl.,  
Jamaika-Rum 52.50,  
Nebra 20.75, Portwein 29.  
fr. 105, Scher Malaga,  
Schilling Rioja-Rotwein,  
J. F. Rauch, K. Bergstraße 24,  
Gentelstr. 4, Potsdamer Str. 24,  
Invalidenstr. 164, Or. Frankl. 112,  
Friedrichstr. 31, Schön. Allee 178

**Möbel**  
begründete Zahlungsweise  
**GREBLER**  
Weidenweg 4

**Nähgarn** groß n.  
Voller Futterhöhe kauft Maß,  
Stützweite 216 (Nord. 4370).

**Kupfer, Messing**  
Zinn usw.  
kauft zu Tagespreisen  
Jungstr. 23, Lichtenberg  
Buchower Str. 12, K. Dresd. Str.

**Kupfer**  
Messing, Zinn usw.  
Quecksilber, Zohugebiße  
Platin, Gold, Silber  
kauft  
Brunnenstr. 11  
Beusselstr. 29  
Fennstr. 48  
Weidenweg 72

Kaufen Sie

**Dixin**  
von Henkel  
bestes  
**Seifenpulver**  
Preis Mk. 2.25 das Paket.  
Alleinige Fabrikanten:  
Henkel & Cie., Düsseldorf.

**Quecksilber, Zinn**  
kauft Neue Hochstraße 38,  
Telephon: Humboldt 2779.

**Ich brauche dringend:**  
Zinn, Weissmetall  
Kupfer, Messing  
auch für andere Metalle  
Metallankauf Charlottenburg  
Wollstraße 53, Wilmersd. 1871.  
**Metallbetten,** Stahlrohr-  
matratzen,  
Küchenstühle, Gitter an jeder  
Menge, Katalog frei. Eisen-  
möbel-fabrik Buchl. l. Thür.

**Zur Jugendweihe**  
geben wir unsern Kindern das Buch  
„Ins Leben hinein“  
Für die Jugend  
zusammengestellt von G. Engelbert Graf.  
Elegant gebunden 8 Mark bei der  
Buchhandlung „Freiheit“ e. G. m. b. H.,  
Berlin C 2, Breite Straße 48.

## Schluß des Inventur- Ausverkaufs

Herrn-Über...	M. 500, 375, 285	Herrn-Winterjoppen	in schwerer Ware M. 150
Herrn-Anzüge	M. 500, 325, 245, 175	Jünglings-Über...	M. 350, 275, 200
Herrn-Hosen	M. 170, 120, 80, 65	Knaben-Stoff-Anzüge	in kleinsten Größen v. M. 20
Herrn-Gummihü...	M. 475, 425, 375	Knaben-Wasch-Anzüge	in kleineren Größen v. M. 30

**Einsegnungs-Anzüge**  
in blau, schwarz und marone, aus halbharem Stoff, nach dem neuesten Modells gearbeitet  
zu enorm billigen Preisen an 99

**Gesellschafts-Anzüge**  
Cuiaways n. Westen, Smoking, Anzüge, B. Frack-Anzüge in den neuesten Fassons mit Seitenpiegel; in grosser Auswahl

**Herrenstolle**  
für Herrenstolle geeignet, in schönen Farben M. 55  
für Cuiaways, 140 cm breit, gute Qualität, das Meter M. 90, 75, 60

Nur eine Verkaufsstelle **BaerSohn** Keine Filialen mehr  
Nur Chausseestraße 29-30 Nur

**KAFFEE**  
16.50 exl., täglich frisch geröstet Pfund 16.—, 20.—, 22.—  
Wiederverkäufeln, Cafés, Restaurants, Cafés, Hotels.  
RAUCH, Norden 436, Invalidenstr. 164, Ecke Weidenstr.

**Botenfrauen** werden eingestellt  
Freiheit, Expedition, Lichtenberg, Reichelsstraße 25.

**Botenfrauen**  
steht sofort ein  
Expedition Wuhly, Johannistr. 9  
Expedition Krüger, Renkölln, Emser Straße 32  
Expedition Weadt, Schöneberg, Götterstr. 42.